



- ◀ 3 Stahlkrise trifft Duisburg hart
- ◀ 4 Spardiktat gefährdet Kindeswohl
- ◀ 7 Kandidaten der LINKEN zur Bundestagswahl
- ◀ [www.dielinke-duisburg.de](http://www.dielinke-duisburg.de)



- ◀ 8 **Bilderrätsel mit Preis**  
Wer kennt sich aus beim historischen Radschleppdampfer im Ruhrorter Hafenbecken und löst das Rätsel?

## Brigitte Diesterhöft ist OB-Kandidatin der LINKEN



■ Eine starke Frau und Gewerkschafterin (GEW Mitglied) wurde von der Mitgliederversammlung der Partei DIE LINKE nahezu einstimmig als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin gewählt.

Original Sozial dafür steht Brigitte Diesterhöft.  
Die Standpunktredaktion sprach mit der Kandidatin.

**DIE LINKE hat Sie nahezu einstimmig als Kandidatin für das Amt der Oberbürgermeisterin nominiert. Wie erklären Sie sich dieses Votum?**

Seit 2004 arbeite ich in der Ratsfraktion DIE LINKE. In dieser Zeit war zu erleben, dass ich die Positionen unseres Kommunalprogramms konsequent verfolge. Dabei war mir immer wichtig, allen gut zuzuhören und die Meinungen oder Bedenken ernst zu nehmen. Mindestens so wichtig ist es, sich mit allen Mitgliedern über gute Aktionen zu freuen und dies den Verantwortlichen zurück zu melden.

**Worin unterscheiden Sie sich von den übrigen Kandidaten?**

Den Unterschied machen unsere politischen Positionen aus. Die Politik der LINKEN stellt die Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens und Han-

delns. Wir weigern uns, die Reichen noch reicher zu machen sondern fordern für alle Menschen wirklich menschenwürdige Verhältnisse. Dazu passt unsere grundsätzliche Forderung: Weg mit Hartz IV. Mit dieser Forderung sollte die Kommune auf Bundesebene Druck machen. Unerträglich die 1-Euro-Jobs, auch im Rahmen von Gemein-Wohl-Arbeit. Die Menschen werden ausgebeutet und erhalten keine Lebensperspektive. Jeder und jede sollte von dem Lohn seiner bzw. ihrer Arbeit leben können.

**Der Terminkalender einer Oberbürgermeisterin wird prall gefüllt sein. Prioritäten müssen gesetzt werden. Angenommen Sie müssten Duisburg bei einer Immobilienmesse**

Fortsetzung auf Seite 2

## Schutzschirm für die Menschen

Solidarität mit den ThyssenKrupp-Beschäftigten

von Ulla Lötzer  
für DIE LINKE im Bundestag

■ Als „Rettungsschirm“ für Banken hat die Große Koalition rund 500 Mrd. Euro bereitgestellt. Der längst überfällige *Schutzschirm für die Menschen* bleibt aus. Längst hat die Krise nach den Leiharbeitern auch die Kernbelegschaften erreicht. Bei ThyssenKrupp und anderswo drohen Massenentlassungen, während die Gewinne des Vorjahrs an die Aktionäre verteilt werden. Zur Krise bei Opel erklärt Kanzlerin Merkel zynisch, die Menschen und ihre Arbeitsplätze

seien für die Große Koalition „nicht systemrelevant“. Ihre Wirtschaftspolitik hat nicht nur die Konjunkturkrise, sondern auch die industrielle Strukturkrise mit herbeigeführt, die jetzt wie bei ThyssenKrupp auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden soll.

Die Bundesregierung will die Verluste sozialisieren, den finanzmarktgetriebenen Kapitalismus über die Zeit retten. DIE LINKE hat im Bundestag Vorschläge für einen Schutzschirm für die Menschen vorgelegt: Wir brauchen ein Zukunftsinvestitionsprogramm für 2 Millionen neue Arbeitsplätze, zur

Stabilisierung der Binnennachfrage einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Erhöhung der Hartz IV-Sätze, für die sozial-ökologische Erneuerung der Industrie einen Zukunftsfonds von 100 Mrd. Euro.

Dieser Fonds muss von Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbänden kontrolliert werden und den Umbau der Industrie unterstützen. Statt die Montanmitbestimmung, wie es bei ThyssenKrupp droht, außer Kraft zu setzen, muss die paritätische Mitbestimmung für alle Betriebe ab 500 Beschäftigten durchgesetzt werden.



## Kommentiert

Sevim Dagdelen, Bochumer MdB der Bundestagsfraktion DIE LINKE  
**Opel ist überall!**

■ Beim Kampf um die Arbeitsplätze bei Opel geht es um Zehntausende Arbeitsplätze. Es geht auch um die Frage, wie der Finanz- und Wirtschaftskrise begegnet wird. Denn Opel ist überall. Eine Pleite von Opel würde allein in Bochum über 5.000 Arbeitsplätze vernichten, Zigttausende kämen in der Zulieferindustrie dazu. Die Autohändler und Bäckereien, Dienstleister und LeiharbeiterInnen in der Region sind hierbei noch gar nicht erfasst. Daher muss eine schnelle Entscheidung her!

DIE LINKE fordert einen Einstieg des Bundes und der betroffenen Länder bei Opel. Öffentliche Gelder sollten in Belegschaftsbeteiligungen umgewandelt werden. Das führt zu einem Mehr an Mitbestimmung und stellt sicher: Kein Arbeitsplatzabbau, keine Lohnkürzungen, keine Ausweitung der Arbeitszeit. Wir brauchen eine Loslösung der Opel-Werke aus dem General Motors-Verband. Während die anderen Bundestagsparteien unvorstellbare Summen für Banken zur Verfügung gestellt haben, zögern sie jetzt bei Opel. Wir fordern einen Schutzschirm für Menschen, nicht für Banken oder Kapitalisten. Die Rettung von Opel ist unverzichtbar. Mit diesen Forderungen gehen wir vor die direkt betroffenen Betriebe und auf die Straße. Dafür hat sich in NRW die AG Opel/Automobilzulieferer gegründet. Dafür haben wir am 31. März überall Aktionstage veranstaltet. Am 3. Mai fordern wir an einem weiteren, NRW-weiten Aktionstag erneut einen Schutzschirm für Menschen.

Ulla Jelpke, MdB für Dortmund und innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
**Zusammen gegen Rechts**

■ Die NPD ist finanziell angeschlagen und von Flügelkämpfen zwischen den um ein biedereres Auftreten bemühten Krawattenfaschisten und dem gewalttätigen „Kameradschaftsflügel“ erschüttert. Grund zur Entwarnung ist das nicht. Nicht nur in Ostdeutschland, auch in Teilen des Ruhrgebiets bauen Neonazis ihren Einfluss vor Ort aus. Sie sind eine tägliche Gefahr für alle, die nicht in ihr Weltbild passen. Mit sozialer Demagogie versuchen sie, die Opfer der Wirtschaftskrise für sich zu nutzen und ihr rassistisches und antisemitisches Gift zu streuen. Eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen kam im März zu dem erschreckenden Ergebnis, dass bereits jeder siebte Schüler ausländerfeindlich eingestellt ist. Gerade hier im Ruhrgebiet werben die gewalttätigen „Autonomen Nationalisten“ um Jugendliche. Rechte Rockmusik dient dabei als Einstiegsdroge.

Durch ein NPD-Verbot könnte die Hauptkraft der Naziszene von staatlichen Geldern abgeschnitten und diese insgesamt geschwächt werden. Ausreichend ist das nicht. Wir müssen in breiten Bündnissen gegen rechts aktiv werden. Aber zugleich ist eine glaubwürdige antikapitalistische Linke die Voraussetzung, um den Opfern der Krise eine emanzipatorische und solidarische Perspektive zu bieten. Zeigen wir auch im Wahlkampf, dass Nazis keinen Platz haben – weder auf der Straße, noch in Räten und Parlamenten.

Klaus Ernst, MdB und stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

### Mindestlohn: SPD betreibt Volksverdummung

■ Die SPD wird mit der Forderung nach einem Mindestlohn von 7,50 Euro in den Wahlkampf ziehen. Aber: Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn könnte längst Realität sein in Deutschland, wenn die SPD ihn im Bundestag nicht blockieren würde. Für die SPD steht die Koalitionsrason höher als das Wohl der hart arbeitenden Menschen. Sie nutzt die Mehrheit nicht, die es im Bundestag für den gesetzlichen Mindestlohn gibt, lehnt alle entsprechenden Anträge der LINKEN ab und will nun im Wahlkampf den Rächer der Enterbten geben. Müntefering betreibt Volksverdummung. Es wird das Geheimnis der SPD-Spitze bleiben, wie sie den Mindestlohn in einer Ampelkoalition mit der FDP durchsetzen will. Das Ganze ist ein perfides Spiel mit den Hoffnungen von Millionen Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Die nächste gigantische Wählertäuschung nach dem Mehrwertsteuerbetrug von 2005 ist in Vorbereitung. Die Höhe des gesetzlichen Mindestlohns muss der Produktivitäts- und Inflationsentwicklung entsprechen. Während in anderen europäischen Ländern wie in Frankreich oder Luxemburg der Mindestlohn Jahr für Jahr angehoben wird und inzwischen 8,71 bzw. 9,49 Euro beträgt, tut die SPD so, als ob die Zeit stehen geblieben ist. Das zeigt nur, dass es ihr nicht um die Lage der Beschäftigten, sondern lediglich um billigen Wahlkampfpopulismus geht. Wenn es nach den Sozialdemokraten geht, sollen sich die Beschäftigten in der größten europäischen Volkswirtschaft beim Mindestlohn hinten anstellen. Von einer Partei, die hartnäckig an Hartz IV festhält, kann man eben keine Politik der Lohngerechtigkeit erwarten. Deshalb fordert DIE LINKE einen Mindestlohn von 10 Euro.

# Brigitte Diesterhöft ist OB-Kandidatin

Fortsetzung von Seite 1

### im Ausland vertreten, zugleich treffen sich die OBs betroffener Städte gefährdeter Stahlstandorte. Wo gehen Sie hin?

Auf der Immobilienmesse lasse ich mich vertreten. Es sollte ein Prinzip werden, dass sich die Oberbürgermeister zu einem Bündnis zusammenschließen und für die Menschen gemeinsam kämpfen und Forderungen stellen. Auch Städte übergreifend sollte es solidarisches Handeln geben.

### Wo liegen Ihrer Meinung nach die größten Probleme der Stadt und welche Lösungsvorschläge bieten Sie an?

Eine der größten Schwierigkeiten ist die finanziell desolante Situation der Stadt Duisburg. Auch hier gilt: Gemeinsam mit anderen Städten muss ein Entschuldungskonzept entwickelt werden, das den Städten wieder Luft gibt zum eigenverantwortlichen Handeln. Selbstverwaltung muss erkämpft werden. Gleichzeitig muss endlich durchgesetzt werden, dass die finanzielle Ausstattung der Kommunen die gesetzlichen Ausgaben abdeckt, die ihnen übertragen werden. Die Verteilung der Finanzen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene muss neu geregelt werden. Ein weiteres großes Problem sind die Belastungen der Menschen und der Umwelt durch die Verschmutzungen der Industrie. Es muss endlich eingefordert werden, dass mindestens die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden und noch eher darüber hinaus das, was technisch möglich ist. Und noch besser: Es muss verhindert werden, dass es zu neuen Belastungen kommt. Ich denke an das neue Kohlekraftwerk in Walsum und das in Krefeld-Uerdingen. Mit Bürgerinitiativen muss Hand in Hand gearbeitet werden, um genau solche Projekte zu verhindern.

### Die Jugend Duisburgs sucht nach Zukunftsperspektiven, nach Ausbildung und Arbeit. Was muss eine Stadt leisten?

Für mich fängt die Antwort auf diese Frage schon in den Kindertagesstätten an. Die Versorgung der Kinder von 0 bis 3 und von 3 bis 6 Jahren muss massiv vorangetrieben werden, hier fehlen zahlreiche Plätze. In den Einrichtungen müssen gut ausgebildete Kräfte arbeiten. Die Schulgebäude müssen frei von Schadstoffen sein und freundlich und kindgerecht eingerichtet. Auf Landesebene würde ich mich dafür einsetzen, dass es endlich eine Schule für

alle Kinder gibt. Dies wären gute Voraussetzungen für eine hoffnungsvolle Zukunft. Die Kommune ist einer der größten Auftraggeber für Aufträge an Handwerk und Wirtschaftsunternehmen. Es sollten Betriebe bei der Auftragsvergabe bevorzugt werden, die auch ausbilden.

Als Ausbilder hat die Stadt eine Vorbildfunktion. Hier muss Initiativen der Bezirksregierung entschlossen entgegen getreten werden Ausbildung zu verbieten. Jugendlichen Ausbildung und Arbeit zu geben heißt, ihnen eine Lebensperspektive zu geben.

### Die ältere Generation braucht Antworten auf ihre zunehmend in Armut endende Lebenssituation. Was muss aus Ihrer Sicht vorrangig angegangen werden?

Vorrangig erscheint mir, dass bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Denn selbstständig sein und selbstbestimmt leben können, so lange wie möglich, will wohl jede und jeder. Spannend sind generationsübergreifende Wohneinheiten, hier könnte und müsste die Kommune Vorreiter sein. Dazu gehört natürlich, dass die kommunalen Wohnungsunternehmen (Gebag und DBV) weiter in kommunaler Hand bleiben. Unsere Forderung nach einem Sozialtarif für Strom und Gas bei den Stadtwerken, die Einführung eines DU-Passes für unterschiedliche Ermäßigungen und eines Sozialtickets für den Öffentlichen Nahverkehr könnten die Not bei den älteren Menschen lindern – und nicht nur bei den älteren!

### DIE LINKE hat ein migrationspolitisches Programm herausgegeben. Was davon könnte kurzfristig umgesetzt werden?

Sicher nicht kurzfristig durchsetzbar, aber eines der vorrangigen Ziele ist die Einführung des Kommunalwahlrechts für alle Zuwanderer, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und teilzuhaben an demokratischen Entscheidungen fördert das Miteinander und das gegenseitige Verständnis füreinander. Die sehr erfolgreiche Integrationskonferenz sollte fortgeführt werden. Der nächste Schritt könnte sein, die aufgestellten Forderungen zu konkretisieren und Handlungsschritte zu planen, die dann auch umgesetzt werden. Das bisherige Referat für Zuwanderung und Integration sollte in ein Amt überführt werden und eine ausreichende finanzielle Ausstattung muss erfolgen.

Fragen an die OB-Kandidatin?

[brigitte.diesterhoeft@linksfraktion-duisburg.de](mailto:brigitte.diesterhoeft@linksfraktion-duisburg.de)

# Stahlkrise trifft Duisburg wieder besonders hart

„Wir wollen nicht, dass die Belegschaften die Krise bezahlen müssen“

■ Standpunkt-Gespräch mit Betriebsräten. Das Interview führte Hermann Dierkes.

## Wie sieht es beim größten Duisburger Unternehmen – ThyssenKrupp – aus?

*Binali Demir (Werk Hamborn-Beeckerwerth):* In der Stahlindustrie sind seit Herbst die Aufträge weggebrochen. Die 70 %ige Abhängigkeit von Autoindustrie und Zulieferern schlägt voll durch. Durch die hohen Überkapazitäten in der Autoindustrie – man spricht von 27 Mio. Autos weltweit – tobt ein heftiger Preiskampf. Bei ThyssenKrupp Steel befinden sich inzwischen rd. 17.000 der 19.000 Beschäftigten an den 7 Standorten in Kurzarbeit. Auch der Bereich Edelstahl ist fast komplett betroffen. Die meisten verlieren 5 Schichten, aber mit dem betrieblichen Ausgleich zum Kurzarbeitergeld konnten wir 93 % durchsetzen. Wer sich in einer Qualifizierungsmaßnahme befindet, hat keinen Verlust. Von den 4.000 Leiharbeitern und Fremdfirmenbeschäftigten sind nur noch rd. 1.700 da.

*Erkan Kocalar (ThyssenKrupp Süd):* Neben der Wirtschaftskrise ist der Konzern auch durch schwere Managementfehler ins Schleudern geraten. Das neue Hüttenwerk bei Rio läuft durch bauliche und technische Pannen verspätet an, wahrscheinlich erst im Oktober diesen Jahres. Es soll Vormaterial ins Ruhrgebiet und in das neue Hüttenwerk nach Alabama liefern. Auch Alabama nimmt erst später den Betrieb auf. Bei TKS Steel im Ruhrgebiet sind mit dem 400-Mio.-Euro-Projekt Herkules Anlagen und Logistikkapazitäten erweitert worden und jetzt nicht ausgelastet.

## Was unternimmt der Konzernvorstand gegen die Probleme?

*Binali Demir:* Zunächst war für den Gesamtkonzern ein Kostensenkungsprogramm von 1 Mrd. vorgesehen, inzwischen sind wir bei 1,5 Mrd. Euro. Allein die Flachstahlbereiche sollen 340 Mio. Euro wegsparen. Der Personalabbau – bedroht sind rd. 3.000 Arbeitsplätze – bei Steel über 2 Jahre verteilt soll 150 Mio. Euro bringen. Ohne die Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat zu fragen, wurden massive Einsparprogramme aufgelegt und ein umfassender Konzernumbau betrieben. Technologie und Aufzüge – die noch gut laufen, sollen zu einer Division zusammengelegt, drei kritische Bereiche – Steel, Stainless und Services – sollen



zur zweiten Division zusammen gefasst werden. Die Linie des Vorstands heißt: Ergebnissicherung für die Aktionäre. Wir wollen aber nicht, dass die Belegschaften für Krise und hauseigene Fehler bezahlen müssen, sondern die, die profitieren und verantwortlich sind. Anfang Januar sind noch 608 Mio. Euro Dividenden im Gesamtkonzern ausgeschüttet worden. Im letzten Geschäftsjahr hatte der Konzern noch 1,5 Mrd. Gewinn, diesmal sollen es immerhin noch 260 Mio. Euro sein.

## Wie wehren sich Belegschaften und IG Metall?

*Erkan Kocalar:* Wir wehren uns dagegen, dass die Krise gegen uns ausgenutzt und die Sozialkassen geplündert werden. Am 26.6.08 haben fast 10.000 Beschäftigte in einer ersten Welle gestreikt und demonstriert. Am 6.4.09 waren es rund 14.000 aus mehreren Standorten. Gerade Duisburg kann sich überhaupt keine weiteren Arbeitsplatzverluste leisten. Wir haben uns besonders gefreut, dass Unterstützung aus anderen gesellschaftlichen Bereichen kommt. Auch DIE LINKE war mit Aktionstagen, Infostand, Flugblättern und politischen Forderungen an der Seite der kämpfenden Belegschaften. Betriebsbedingte Kündigungen sind für uns ebenso tabu wie die Ausbildungskapazitäten. Wir brauchen dringend eine Diskussion über die Produktstrategie, um die einseitige Abhängigkeit

vom Auto weg zu kriegen, Arbeitsplätze zu halten und neue zu schaffen.

## Gibt es derzeit konkrete Verhandlungen?

*Binali Demir:* Verhandelt wird u.a. über ein „rentennahes Ausscheiden“ – 57 und älter. Die Verlängerung des Alterszeitvertragss schafft gewisse Möglichkeiten. Abfindungsangebote wird es wohl auch geben. Wir müssen aufpassen, dass dabei keine sozialen Fallen gebaut und Rentenverluste vermieden werden. Wenn die Konditionen stimmen, könnten etwa 2.200 davon Gebrauch machen.

## Wie sieht es bei den Hüttenwerken Krupp-Mannesmann aus?

*Mirze Edis:* Wir durchlaufen wohl die größte Krise im Jahr des 100. Firmenjubiläums. Von unseren noch rd. 3.000 Beschäftigten verfahren bis auf wenige Ausnahmen alle 5 Tage Kurzarbeit pro Monat. 160 Leiharbeiter sind schon weg, vielen ist bereits gekündigt worden. Die geplante Kokereierweiterung und die Kohlenmahl- und Einblasanlage sind gestoppt. Die Produktion soll – auch nach der Krise um 1 Mio. t auf nur noch 4,6 Mio. t verringert werden. Die offizielle Parole „Gemeinsam für ein starkes Unternehmen“ passt zu dieser Schrumpfperspektive überhaupt nicht. Ich bin auch der Meinung, dass stärker gegen gehalten werden muss. So wären noch mehr Qualifizierungsmaßnahmen möglich, zum einen, um Potenziale zu verbessern, zum andern, um die Kurzarbeit zu verringern. Auch

wenn die Verluste noch nicht groß sind, Arbeitnehmer brauchen jeden Euro.

## Wie wirkt sich die Krise auf TST Schienentechnik aus?

*Kenan Ilhan (Betriebsrat bei TST Schienentechnik):* Die Auslastung ist noch nicht dramatisch rückläufig. Wir sind nicht autoabhängig. Probleme machen die Finanzierungsmöglichkeiten unserer Kunden durch die Bankenkrise. Das spielt stark hinein, z. B. bei Exporten und Bürgschaften. Wir erwarten neue Impulse durch das Konjunkturprogramm. Im gesamten Voest-Alpine-Konzern, zu dem wir gehören, ist nur noch die Schienenproduktion in Deutschland und Österreich gewinnbringend.

## Wie schätzt Du die abgeschlossene Tarifrunde ein?

*Kenan Ilhan:* Die Verunsicherung der organisierten Beschäftigten durch die Krise ist groß. Trotzdem gab es teilweise heftige Diskussionen darüber, ob Lohnzurückhaltung etwas bringt. Wir sind schließlich mit einer Forderung von nur 4,5 % in die Verhandlungen gegangen. Qualitative Forderungen wie Beschäftigungs- und Entgeltsicherung, Übernahme der Azubis und die Verlängerung des Altersteilzeitarifvertrags bekamen das Hauptgewicht gegenüber einer Entgeltsteigerung. Das Ergebnis von 2 % ab 2010 und 350 Euro für 2009 ist sehr mager, wird aber angesichts der Krise akzeptiert. Die verdoppelte Mindestübernahme der Azubis auf 24 Monate ist ein wichtiger Erfolg.

## Weltweite Solidarität mit Hermann Dierkes

■ **Hermann Dierkes**, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE, war Ende Februar als Oberbürgermeisterkandidat zurück getreten, nachdem er massiv diffamiert wurde. Dierkes hatte der weltweiten Kampagne gegen israelische Kriegsverbrechen in Gaza und der über 40 Jahre andauernden illegalen Besetzung von Palästinaergebnis Unterstützung signalisiert. Mittlerweile erhielt Hermann Dierkes Zuspruch und Solidarität aus aller Welt. Dierkes: "Am meisten hat mich eine Unterschriftensammlung von jüdischen Stimmen aus rund einem Dutzend Länder einschließlich Israels gefreut. Unter den über 700 Friedensaktivisten befinden sich namhafte Persönlichkeiten wie die Globalisierungskritikerin Naomi Klein (Kanada), der Sprachwissenschaft-

ler Noam Chomsky (USA), die Frauenrechtlerin Judith Butler (USA), der Gewerkschaftspublizist Jakob Mone-ta (Deutschland) und der Friedensaktivist und Autor Michael Warschawski (Israel)." Nach einem Gespräch zwischen Dierkes und dem geschäftsführenden Parteivorstand der LINKEN erklärte Lothar Bisky klipp und klar: "Genossen wie Hermann Dierkes Antisemitismus vorzuwerfen ist absurd. Wir nehmen ihn gegen die Diffamierungen in Schutz. Die Kritik an Israel ist legitim. Der geschäftsführende Vorstand spricht sich für ein Waffenembargo und Sanktionen aus, will aber von einem Boykott israelischer Waren, wie es in vielen Ländern gefordert wird, in Deutschland aus historischen Gründen absehen."

# Erzieher/innen sind unterbezahlt

Soziale Berufe sind mehr wert

**von Thomas Keuer**  
Mitglied des Kreisvorstandes  
der Partei DIE LINKE



■ **DIE LINKE will** die frühkindliche Bildung und Betreuung in Duisburg ausbauen. Doch ohne angemessene Bezahlung der ErzieherInnen in Kindertagesstätten sind pädagogische Höchstleistungen auf Dauer nicht zu haben.

Längst hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass der Grundstein für die Zukunftschancen unserer Kinder schon im Vorschulalter gelegt wird. In der aktuellen Bildungsdebatte gilt besonders die frühkindliche Förderung als Schlüssel zur Verbesserung der Chancengleichheit. Doch die schlechten Arbeitsbedingungen für Erzieherinnen in Kindertagesstätten stehen in auffälligem Widerspruch zur angekündigten Bildungsoffensive.

Denn kontinuierlich gestiegen sind bisher vor allem die Anforderungen an die Arbeit der Beschäftigten. Außerdem müssen ErzieherInnen die Entwicklung ihrer Schützlinge sorgfältig beobachten, müssen dokumentieren und reflek-



tieren. Die regelmäßige Rückkoppelung mit den Eltern gehört ebenso zum Auftrag wie das anspruchsvolle Konzept der Sozialraumorientierung. Viele Einrichtungen entwickeln sich von der Tageseinrichtung für Kinder zu komplexen Familienzentren.

Damit hat sich auch das Berufsbild von pädagogischen Fachkräften erweitert. ErzieherInnen sind professionelle Begleiter im Prozess der Selbstbildung der Kinder, aber auch Partner für die Eltern in punkto Erziehung. Keine leichten Aufgaben, denn je größer die

sozialen Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft, desto schwieriger wird die individuelle Förderung der Kinder und die Einbindung der Eltern.

Kurz: Pädagogische Fachkräfte sind heute zugleich Experten für frühkindliche Bildung, Erwachsenenbildner und Netzwerker im Sozialraum. Damit nicht genug: Seit Einführung des § 8a SGB VIII im Jahr 2004 tragen sie zudem Mitverantwortung dafür, dass das Kindeswohl nicht gefährdet wird – etwa durch häusliche Gewalt.

Honoriert werden all diese Mehr-

leistungen nicht – weder durch eine angemessene Bezahlung noch durch veränderte Rahmenbedingungen. Der Personalschlüssel der Einrichtungen ist viel zu knapp bemessen; für Dokumentation, Reflexion und Dialog bleibt im Kita-Alltag kaum Zeit. Das ist nicht nur demotivierend, sondern macht auch krank. Doch ohne das Engagement der Beschäftigten ist eine Verbesserung der frühkindlichen Förderung nicht zu machen. Ihr Einsatz muss angemessen entlohnt werden – auch das ist eine Form der Wertschätzung.

## Spardiktat gefährdet Kindeswohl

Im Gespräch mit Hendrik Thome, für DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss

■ Seit Dezember 2008 muss sich Duisburg praktisch alle Ausgaben von der Haushaltsaufsicht genehmigen lassen. In der Kinder- und Jugendhilfe wird dadurch nicht nur der erforderliche Ausbau von Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen behindert. Schlimmer noch: Der Schutzauftrag des Jugendamts kann nicht mehr erfüllt werden, weil die Bezirksregierung die Einrichtung und Besetzung der erforderlichen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) verweigert.

**Hendrik Thome** vertritt DIE LINKE im Jugendhilfeausschuss. STANDPUNKT sprach mit ihm über die neueste Entwicklung.

**Du sagst, die neue Haushaltsverfügung hat eine neue Qualität.**

Ja, bislang ist der Jugendbereich von Einschnitten verschont worden. Viel Handlungsspielraum gab es hier aber nicht, insbesondere nicht für notwendige Verbesserungen des Angebots. Neu ist, dass die Haushaltsaufsicht jetzt auch auf die Erfüllung der absoluten Pflichtaufgaben durchschlägt. OB Sauerland hat wie ein lächelnder Buddha verkündet, alles wäre nicht so schlimm, es würde nur etwas genauer hingeguckt. Jetzt liegt das Jugendamt

im Clinch mit der Bezirksregierung um die Einstellung der dringend benötigten Kräfte im ASD.

**Wie viel Stellen fehlen denn?**

Vor drei Jahren wurde die Verwaltung durch eine Anfrage der LINKEN auf den Personalmangel im ASD aufmerksam. Kurzerhand wurden befristet zehn neue Mitarbeiter eingestellt und die Ermittlung des Personalbedarfs in Auftrag gegeben. Nach den jetzt vorliegenden Gutachten fehlen insgesamt 22,5 Stellen, das heißt 10 plus 12,5. Derzeit sind nicht einmal die 10 befristeten Stellen besetzt, weil sich drei der zehn Mitarbeiterinnen wegen der fehlenden Aussicht auf eine Festanstellung weg beworben haben.

**Warum ist der ASD so wichtig?**

Der ASD nimmt den Schutzauftrag für das Kindeswohl wahr. Wenn hier Personal fehlt, ist der Kernbereich der Jugendhilfe berührt. Bei dem nächsten Fall schwerer Kindesmisshandlung muss die Frage nach der Mitverantwortung der Bezirksregierung gestellt werden. In der Mehrzahl der Fälle geht es aber um Vernachlässigung von Kindern, weil ein zunehmender Teil von Eltern überfordert ist. Der Dienst ist enorm belastet, weil die wirtschaftliche Krise, Erwerbslosigkeit und Einkommensverluste voll auf die Situation gefährdeter Familien durchschlagen.

**Wie wirkt sich der Personalmangel auf die Arbeitssituation der Mitarbeiter aus?**

Sie schieben etliche Überstunden. Aus Verantwortung nehmen sie Arbeit mit ins Wochenende. Ihnen fehlt vor allen Dingen die Zeit, um ein Netz von Kontakten zu Schulen, Kindergärten, Kinderärzten und Sozialeinrichtungen zu knüpfen. Das braucht man aber, um Gefährdungslagen überhaupt erkennen und richtig einschätzen zu können.

**Was muss deiner Meinung nach jetzt passieren?**

Die Haltung der Bezirksregierung ist glatter Rechtsbruch. Das hat das Oberverwaltungsgericht Münster schon in vergleichbaren Fällen bestätigt. Die Erfüllung von Pflichtaufgaben

steht unter keinem Finanzierungsvorbehalt. Der Jugendhilfeausschuss hat den Oberbürgermeister einmütig aufgefordert, den Rechtsweg zu beschreiten. Ich bin noch einen Schritt weiter gegangen. OB Sauerland soll die Stellen entfristen und die erforderlichen Kräfte einfach einstellen. Die Stadt hofft jetzt auf ein schnelles Einlenken der Bezirksregierung. ver.di und DIE LINKE machen Druck. Die Hinhaltenaktik ist unerträglich. Die Stellen dürfen auch nicht mit finanziellen Zugeständnissen in anderen Bereichen der Jugendhilfe erkaufte werden. Der Jugendetat braucht finanziellen Spielraum für den Ausbau von Kindertagesstätten und Jugendzentren. Auch die längst beschlossenen fünf zusätzlichen Streetworker müssen endlich eingestellt werden.

**Sozialberatung für Erwerbslose und Arbeitnehmer**

**DIE LINKE.**

**DU-Mitte**  
Kreisverband Duisburg  
Mülheimer Str. 57

Jeden *Mittwoch* von 10–13 Uhr  
In dieser Zeit steht ein Jurist zur Verfügung.

Telefon: 02 03 / 8 05 63 87

**Duisburg-Hochfeld**  
Ratsfraktion Duisburg  
Gravelottestr. 28

Jeden *Mittwoch* von 10–14 Uhr  
Und nach Vereinbarung.

Telefon: 02 03 / 9 30 86 92

[www.dielinke-duisburg.de](http://www.dielinke-duisburg.de)

# CDU, Grüne und FDP gegen Ratsbeschluss

von **Herbert Fürmann**  
für DIE LINKE in der BV Hamborn



■ **Als Ersatz für** die marode Rhein-Ruhr-Halle sollte in **Hamborn** als kleiner aber feiner Ersatz eine Dreifachsporthalle mit Mehrzweckfunktion gebaut werden. Auf Initiative der LIN-

KEN wurden im Dezember 2007 vom Rat Bedingungen beschlossen. Unter anderem sollte die neue Halle Platz für 1.800 Personen bieten und für den Schul- und Vereinssport wie auch für größere Veranstaltungen nutzbar sein.

Das jetzt von der Verwaltung vorgelegte Modell hat damit absolut nichts mehr gemein, es ist einfach nur noch eine Mega-Turnhalle. Großevents sind

mit nur noch 800 Plätzen und geringer Hallenhöhe nicht mehr durchführbar. Außerdem wird die Laufbahn auf der benachbarten Bezirkssportanlage für die Parkplatzzufahrt dauerhaft zerstört.

Für die beiden Kollegschulen, das Gymnasium, die Realschule und die Oberstufe der Gesamtschule ist dann im Schulsport beim 100 Meter-Lauf

Schluss. Die Verwaltung sah es auch nicht für nötig an, wie beschlossen, die Vereine bei der Planung mit einzubeziehen. Eine gesellschaftliche Nutzung, etwa zu Karneval, wird nicht mehr möglich sein. Ohne Rücksicht auf den Ratsbeschluss peitschte die CDU den Beschluss durch, nachdem sie zuvor FDP und Grüne auf ihre Seite gezogen hatten.

## Gestern der Schacht, heute Hertie und Post

von **Jörg Nikulka**  
Sprecher DIE LINKE OV Walsum

■ **Der Kometenplatz in Walsum** verödet. Bei Hertie sind die Lichter ausgegangen. Nach der Schließung der Schachanlage fragen sich immer mehr Menschen: Was wird aus mir und aus meiner Familie? Bekomme ich einen neuen Job? Kann ich die Wohnung mit ALG II (Hartz 4) noch halten oder muss

ich aus Walsum fortziehen?

Den LINKEN schlägt es besonders auf den Magen, dass Oberbürgermeister Sauerland den Walsumern eine heile Welt vorgaukelt, obwohl er mit verantwortlich für das Desaster in Walsum ist. Als der Bürgermeister von Wesseling seine Amtskollegen der Hertiestandorte, so auch Walsums Bürgermeister Plückelmann und den OB aus Duisburg, zu einem Gespräch einlud, in

der Hoffnung, die Standorte zu retten, glänzten unsere Bürgervertreter durch Abwesenheit.

Auch die Schließung der Walsumer Post wird von OB Sauerland klaglos hingenommen. Die geplante Verlagerung der Postdienste in private Verkaufsstellen kann den Rundumservice der Post nicht ersetzen.

DIE LINKE Walsum fordert deshalb den Erhalt der Postfiliale Duisburg

Walsum. Die Wiedereinrichtung einer Postabholstelle ist ebenso unverzichtbar. Solange Walsumer nach Hamborn fahren müssen, um ein Paket abzuholen, fordert DIE LINKE ein kostenloses Ticket für die Busfahrt, das die Post finanzieren und dem Abholschein beiliegen soll. Für diese Forderungen wird DIE LINKE Walsum in den nächsten Wochen Unterschriften sammeln und der Deutschen Post AG überreichen.

## Berufskolleg Mitte: DIE LINKE gegen PPP-Modell

von **Michael Dubielczyk**  
für DIE LINKE in der BV Mitte



■ **DIE LINKE begrüßt** grundsätzlich den geplanten Neubau des Berufskollegs und den Ersatz des veralteten Gebäudes gegenüber dem Rathaus. Der Neubau der Schule passt auch in die **Neudorfer** Struktur. AnwohnerInnen

nen befürchten Belastungen durch verstärkten PKW-Verkehr durch täglich 2.150 Schüler. DIE LINKE unterstützt deshalb die Forderungen nach Ausbau des ÖPNV und Einführung von attraktiven Fahrpreisen sowie kostenloser Parkplätze nur für AnwohnerInnen und Behinderte. Wir wollen außerdem mehr Platz für FußgängerInnen und RadfahrerInnen durch Rückbau der Mülheimer Straße von 4 auf 2 Fahrbahnen.

DIE LINKE lehnt allerdings das geplante private Finanzierungsmodell ab. Erfahrungen im In- und Ausland beweisen, dass ein PPP-Modell, bei dem die Privatwirtschaft Partner der Stadt ist, den Steuerzahler immer teurer kommt, als die öffentliche Finanzierung. Die Investitionssumme beträgt ca. 63 Mio. Euro. Demnach soll die Stadt jährlich etwa 6 Mio. Euro über einen Zeitraum von 25 Jahren an den privaten Investor

an Miete zahlen. Damit ist ein hohes Risiko verbunden. Die privaten Eigner übernehmen das Betriebsmanagement und den Personaleinsatz und können durch eine sog. Forfaitierung mit Einredeverzicht der öffentlichen Hand ihre Forderungen an Duisburg an eine Bank verkaufen. Die Kommune muss aber ihrer langjährigen Verpflichtungen nachkommen, unabhängig von der Qualität der vereinbarten Dienstleistungen.

## Schulschwimmen darf kein Luxus werden

von **Mirze Edis**  
für DIE LINKE in der BV Süd



■ **Seit Jahren** setzt sich DIE LINKE für die Rettung der städtischen Bäder in **Wanheim und Großenbaum** ein. SPD,

CDU, Grüne und FDP versuchen im Gegensatz dazu mit allen Mitteln, den Bau des neuen Spaßbads und die Schließung der städtischen Bäder voranzutreiben. Dieses private Spaßbad wird sogar mit finanzieller Unterstützung der Stadt gebaut. Eine Sauerei, meinen auch viele BürgerInnen und fragen, warum das

Geld nicht für die Sanierung der städtischen Bäder genutzt wird. Wir befürchten, dass das Schwimmen für Familien mit Kindern und Geringverdiener zum Luxus wird. Unklar ist zu dem, was mit den Vereinen passieren wird, die bisher diese Bäder nutzen. Viele Schulen müssen mit ihren SchülerInnen in Zukunft in

andere Stadtbezirke fahren, um Schulschwimmen noch anzubieten. Im Rahmen des Konjunkturpakets II haben wir in der BV Süd erneut gefordert, dass die beiden städtischen Bäder mit diesen Mitteln saniert werden. Aber auch dieser Versuch wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

## LINKE fordert Schulpsychologen

von **Roland Busche**  
für DIE LINKE in der  
BV Homberg/Ruhrort/Baerl  
und im Schulausschuss



■ **Die »Aufklärungsarbeit«** der Linksfraktion hatte Erfolg. Einstimmig wurde ein Antrag im Schulausschuss angenommen, der die Verwaltung auffordert, ein Konzept zu entwickeln, dass die Präsenz von Schulpsychologen an Schulen ermöglicht. Gleichzeitig haben wir die Ausschreibung für 4 weitere Stellen im schulpsychologischen Bereich durchsetzen können. Im Moment gibt es für

17.000 SchülerInnen lediglich einen Schulpsychologen.

Für den Duisburger **Westen** werden wir die Etablierung eines Schulpsychologen in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung beantragen.

Es ist falsch, dass die Schüler zum Schulpsychologen gehen müssen. DIE LINKE setzt sich für eine aufsuchende Arbeit ein, die schnell und unbürokratisch in Anspruch genommen werden kann.

Junge Menschen leiden zunehmend an schwerwiegenden Problemen, die Lehrer und oft auch Eltern überfordern.

Hier bedarf es fachkompetenter Hilfe, die schnell vor Ort ist. Durch das neue Konzept sehen die LINKEN auch einen Vorteil im Wettbewerb mit den Moerser Schulen um Anmeldezahlen. Jährlich verlässt eine ungenannte Anzahl an Mädchen und Jungen die scheinbar unattraktive Schullandschaft im Duisburger Westen, um in Moers weiterzulernen. Das ist für manche Schulen Existenz bedrohend. Es lohnt sich in Duisburg zu lernen. Homberg und Baerl können unseren Kindern eine gute Ausbildung ermöglichen, auch wenn es »mal nicht so gut läuft«.

WWW.  
dielinke-  
duisburg.de

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Duisburg

# Kommt am 16.5.2009 zur Demonstration nach Berlin

Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)



■ **Die Demonstration** ist Teil der Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom 14. bis zum 16. Mai 2009. Sie finden in Brüssel, Berlin, Prag und Madrid statt.

Die Finanz und Wirtschaftskrise hat inzwischen die ganze Welt erfasst und bedroht unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die noch Arbeit haben, fürchten um ihre Jobs.

Die Kaufkraft nimmt ab, die Staatsschulden steigen, Armut greift um sich. Schuld sind rücksichtslose Banken, Börsenspekulationen und eine Politik, die den Kasino-Kapitalismus erst ermöglicht hat.

Aber die Zeche sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen. Die Politik muss endlich dafür sorgen,

dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen. Deshalb fordern wir:

**Die Profiteure müssen zahlen! Für sichere Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit.**

Die Welt ist in der Krise, es brennt überall: Unternehmen gehen bankrott. Arbeitsplätze schmelzen wie Schnee in der Sonne. In vier Monaten fast eine halbe Million. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die, die noch Arbeit haben, fürchten um ihre Arbeitsplätze. Häufig ist die Arbeit schlecht bezahlt. Jeder Fünfte arbeitet für einen Hunger- oder Niedriglohn. Millionen sind arm – trotz Arbeit. Bald hat jedes vierte Kind keine gute Zukunft, denn die Familien haben immer weniger Geld. In einem reichen

Land wie Deutschland ist Kinderarmut ein Skandal! Junge Menschen sind frustriert, weil sie nicht mehr ausgebildet werden. Denn immer mehr Ausbildungsplätze werden platt gemacht. Ein Ende der Krise ist noch nicht in Sicht. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden von ihr hart getroffen.

Die tiefste Krise seit 1929 ist ein Epochenbruch. Die Vorstellung, dass

„der Markt“ alleine alles am besten richtet, ist in sich zusammen gebrochen. Die Krise bedroht uns alle, aber die Verantwortlichen machen sich vom Acker! Die Manager, Politiker, Wissenschaftler, Börsianer und alle, die mitgespielt haben beim großen Börsenspiel. Der Staat soll die maroden Banken retten. Die Verluste sollen sozialisiert werden. Dann soll das Spielcasino wieder eröffnet werden. Nicht mit uns!

Jetzt muss das Casino geschlossen werden! Die Menschen müssen wieder im Mittelpunkt stehen. Jetzt müssen wir gemeinsam für sichere Arbeitsplätze und gute Arbeit kämpfen. Die Wirtschaft muss dem Menschen und der Gesellschaft dienen und sich nicht mehr nach immer höherem Profit ausrichten.

**Wir wollen: Sichere Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit und einen starken Sozialstaat. Dafür sollen die Profiteure zahlen! Wir wollen einen Sozialpakt für Europa!**

**Unterstützt die Europäischen Aktionstage (European Days of Action) des Europäischen Gewerkschaftsbunds am 14., 15. und 16. Mai in vier europäischen Metropolen!**

**WIR MACHEN ALARM – HEUTE, MORGEN, ÜBERALL IN EUROPA UND IN BERLIN.**

**KOMMT AM 16. MAI 2009 NACH BERLIN!**

Kostenlose Mitfahrgelegenheiten bitte bei den Einzelgewerkschaften erfragen oder beim DGB, Tel. 0203 / 99 275 0 (Service-Büro).

## Am 7. Juni LINKE wählen!

Das Europäische Parlament wird neu gewählt. Viele Menschen sind unentschlossen, ob sie zur Wahl gehen sollen.

**Wer der Meinung ist,** Arbeitnehmer- und soziale Rechte müssen Vorrang vor Kapital- und Unternehmensinteressen haben.

**Wer der Meinung ist,** dass die Rechte von Betriebsräten und Gewerkschaften in der EU gestärkt und ausgebaut werden sollen.

**Wer der Meinung ist,** dass neoliberale auf Privatisierung ausgelegte EU-Konzept für öffentliche Daseinsvorsorge gestoppt und die öffentliche Daseinsvorsorge in der EU gestärkt und ausgebaut werden soll.

**Wer der Meinung ist,** dass die Militarisierung der EU gestoppt und an Stelle dessen zivile Konfliktlösungskonzepte treten müssen.

**Wer der Meinung ist,** dass nicht die EU MigrantInnen und Asylsuchenden bekämpft werden sollen sondern die Fluchtursachen.

**Der sollte am 7. Juni unbedingt zur Wahl gehen.**



100%

**DIE LINKE.**

# DIE LINKE: Zur Bundestagswahl bestens aufgestellt

Hüseyin Aydin und Marc Mulia kandidieren in Duisburg

**von Horst-Werner Rook**  
Mitglied des Kreisvorstandes  
der Partei DIE LINKE



■ Auf ihrem Landesparteitag im Essener Congress Center wählte DIE LINKE NRW 36 KandidatInnen zur Bundestagswahl. Dabei erreichte Marc Mulia mit Listenplatz 12 einen aussichtsreichen Platz auf der Reserveliste der LINKEN NRW.

Auffallend und erfreulich zugleich ist, dass unter den ersten fünf Listenplätzen vier Frauen sind. Neben der ver.di Gewerkschaftssekretärin Ulla Lötzer (MdB, DIE LINKE) auf Platz 1 treten auf den Spitzenplätzen die Bundestagsabgeordneten der LINKEN Ulla Jelpke, Inge Höger, Paul Schäfer und die bisherige Europaabgeordnete der LINKEN Sarah Wagenknecht an. DIE LINKE präsentiert sich zur Bundestagswahl inhaltlich wie personell mit einem starken Spitzenteam und ist gut aufgestellt.

Auf dem Landesparteitag kritisierte Oskar Lafontaine in seiner begeisterten Rede, dass der Casinokapitalismus abgewirtschaftet habe und verlangte u. a. eine Millionärssteuer, damit diejenigen, die die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise zu verantworten haben, endlich zur Kasse gebeten werden und nicht die Mehrheit der Bevölkerung. Eine Umverteilung des Reichtums sei längst überfällig. DIE LINKE fordert die Abschaffung von Hartz IV und Übergangsweise mindestens eine Anhebung des Arbeitslosengeld II auf 500 Euro, einen Mindestlohn von 10 Euro und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 30 Stunden.

Marc Mulia wurde auf Platz 12 der Landesliste zur Bundestagswahl gewählt und belegt damit einen aussichtsreichen Platz. Marc Mulia tritt für DIE LINKE auch als Direktwahlkandidat im Wahlkreis Duisburg Süd an.



**Marc Mulia**  
Platz 12 der Landesliste  
39 Jahre, Lehrer an einem  
Duisburger Gymnasium und  
aktives GEW-Mitglied



**Hüseyin Aydin**  
Direktkandidat im Wahlkreis  
Duisburg Nord  
47 Jahre, seit 2005 Mitglied des  
Bundestags für DIE LINKE



Er verließ 1999 die Grünen nach deren Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und arbeitet seit 2007 im Parteivorstand der LINKEN, wo er für Bildungspolitik zuständig ist. Mulia in seiner Rede auf dem Landesparteitag: „Wir brauchen endlich mehr Geld für Bildung, wir brauchen gebührenfreie Kitas wie gebührenfreie UNIs und wir brauchen eine Schule für alle Kinder, aus der niemand ausgegrenzt wird und die jeden einzelnen fördert und bildet.“ Marc Mulia ist davon überzeugt, dass DIE LINKE mit ihren sozialen, bildungs- und umweltpolitischen Forderungen und einem engagierten Wahlkampf die Zahl ihrer Bundestagsabgeordneten aus NRW von derzeit 7 auf 14 verdoppeln wird. Mulia: „Wir werden einen fairen aber in der Sache harten Wahlkampf führen“.

Als Direktkandidat im Wahlkreis Duisburg Nord tritt Hüseyin Aydin an, der bis 2005 als Gewerkschaftssekretär für die IG Metall tätig war. Als die SPD mit der AGENDA 2010 und Hartz IV ihren bis heute verfolgten Kurs des Sozialabbaus einschlug, verließ Aydin die SPD und ist seit 2005 Bundestagsabgeordneter für DIE LINKE. Im Wahlkampf will er den Duisburger SPD-Abgeordneten Johannes Pflug an seinen Taten messen. Hüseyin Aydin: „Ob es um die Verlängerung des Renteneintrittsalters, den gesetzlichen Mindestlohn oder die Bürgerversicherung ging: Johannes Pflug stimmte mit CDU und FDP immer gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bei keinem einzigen der Anträge der Fraktion DIE LINKE erinnerte sich Pflug an seine vorherigen Aussagen im Duisburger Wahlkreis. Wer im Wahlkreis sozialpolitische Versprechungen macht und sich in jeder Abstimmung anders verhält, hat seine Glaubwürdigkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort verloren.“

## Kommunalprogramm / Duisburg Sosyal Raporu 2007



Das Kommunalprogramm 2009 ist die verbindliche Grundlage für die politische Arbeit der MandatsträgerInnen und des Kreisverbands der LINKEN Duisburg.  
112 Seiten, DIN A5



Özet ve eleştirisel degerlendirme.  
Auch auf deutsch erhältlich.

**Kostenlos zu beziehen** in der Geschäftsstelle der Ratsfraktion DIE LINKE, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg  
Telefon 02 03 / 9 30 86 92, Telefax 02 03 / 9 30 86 94, buero@linksfraktion-duisburg.de

# WAHLEN 2009

## Original sozial.



# Große Familien-Fete der LINKEN

des Kreisverbands Duisburg.

Sonntag, 24.05.09  
11-19 Uhr  
Schützenhof  
Egonstraße 10  
Duisburg-Marxloh



**Matinee junger Künstler: Daniel Schatz + Andrey Weyers** spielen auf der Klassischen Gitarre Stücke von Piazzolla, Tarrega und Mertz



In EU-Parlament und Stadtrat – DIE LINKE stärken! Es spricht: **Jürgen Klute, Spitzenkandidat der LINKEN NRW für die Europawahl am 7. Juni 2009**



Live-Musik-Programm: **Ruth and the Boys.** American Rhythm & Blues

**Folklore und Tanz aus der Türkei**

Kinderprogramm: Große Klasse: **Zauberkünstler Sune Pedersen**, Geschicklichkeitsspiele, Preisrätsel, Malen und Bemalen



Internationale Speisen und Getränke zu Familienfreundlichen Preisen, Preisermäßigung für Hartz-IV-Empfänger

Flohmarkt, Infostände, Spaß und Unterhaltung.

### Termine

**28.04.09, 14 – 18 Uhr**  
**Krise bekämpfen, Gerechtigkeit und gute Arbeit durchsetzen.**  
Veranstaltung für Betriebs- und Personalräte, JAVen, GewerkschafterInnen, Vertrauensleute, Interessierte. Konferenz-Zentrum, Plenum 2, Josef-Lammerting-Allee 17-19, Köln

**30.04.09**  
**Aktionstag der LINKEN:**  
**"Schutzschirm"** Infoverteilung vor HKM, Duisburg-Süd

**01.05.09**  
**1. Mai: Infostand der LINKEN im Landschaftspark Nord**

**02.05.09, 10 – 17 Uhr**  
**Konferenz: Kulturhauptstadt 2010. Was wird, was bleibt?**  
Regionalverband Ruhr, Kronprinzenstr. 35, Essen

**09.05.09**  
**Europatag in der Duisburger Innenstadt.** Aktionen und Infostände der LINKEN  
**10.05.09, 11 Uhr**  
**Treffen der Antiprivatisierungsinitiativen.** VHS Mülheim, Bergstr. 3-5

**13.05.09**  
**Mitgliederversammlung der Duisburger LINKEN.** Haus Kontakt, Scharnhorststr. 32, Duisburg-Kasslerfeld

**23.05.09, 15 – 17 Uhr**  
**Antifaschistischer Stadtrundgang.** Treffpunkt: Duisburg-Hbf (Ostausgang). Veranstalter: Rosa-Luxemburg-Club

**06.06.09**  
**Ganztägiges Volksfest am Böninger Park in Duisburg-Hochfeld**

### Wer kennt sich aus in Duisburg?



**1) Wie heißt der historische Radschleppdampfer im Ruhrorter Hafen?**

- a) Oscar Haber
- b) Oscar Heber
- c) Oscar Huber
- d) Oscar Lafontaine

**2) Bis zu welchem Jahr war der Radschleppdampfer noch auf dem Rhein und im Hafen in Betrieb?**

- a) 1926
- b) 1966
- c) 1976
- d) 1986

Bitte senden Sie die richtige Lösung an die Standpunkt-Redaktion.

Zu gewinnen gibt es eine **Hafenrundfahrt für zwei Personen ab Schwanentor.**

*Das Los entscheidet, der Rechtsweg ist ausgeschlossen.*

### Impressum

Redaktion Standpunkt  
Mülheimer Str. 57, 47058 Duisburg  
Telefon: 02 03 / 8 05 63 87  
Telefax: 02 03 / 8 05 63 86

**E-Mail**  
redaktion\_standpunkt\_kv\_duisburg@linke-news-nrw.de

**Internet**  
www.dielinke-duisburg.de  
www.linksfraktion-duisburg.de

**Bankverbindung**  
Stadtparkasse Duisburg,  
BLZ: 350 500 00,  
Kto. Nr.: 227 006 368

**Redaktion**  
Ute Abraham, Hermann Dierkes (zugleich v.i.S.d.P.), Margret Fink, Thomas Keuer, Horst-Werner Rook.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Auflage**  
30.000

**Redaktionsschluss dieser Ausgabe:**  
06.04.09

**Redaktionsschluss nächste Ausgabe:**  
26.07.09

**Layout**  
heikobugaj.de

**Druck**  
Druckhaus Schönevide, Berlin

**Herausgeber**  
DIE LINKE Kreisverband Duisburg

**Bezug**  
Wenn Sie den Standpunkt regelmäßig beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an die Redaktion. Der Standpunkt finanziert sich durch Spenden. Für Ihre finanzielle Unterstützung wären wir Ihnen dankbar.